

Polnische Siegesmeldungen.

Auf der Nordfront versuchte der von allen Seiten umzingelte Feind nach Osten zu entweichen und richtete äußerst heftige Angriffe gegen unsere Truppen südlich von Mlawka. Die Angriffe wurden abgelehnt. Eines unserer Regimenter erlitt dabei schwere Verluste. Es wurde festgestellt, daß die feindliche Reiterei die gemachten Gefangenen ermordet. In andern Abschnitten warfen die bolschewistischen Truppen ihre Waffen von sich und flüchteten panikartig gegen die deutsche Grenze, die sie massenweise überschritten. An der Ostfront wurde die 11. Sowjetdivision nach fünfständigem Kampfe bei Kutadow, südlich von Komisch, entscheidend geschlagen. Unter der eroberten Beute befinden sich sieben Kanonen. Nach hartem Kampfe nahmen wir Komisch an und machten dort einige tausend Gefangene. Biesostok wurde von der ersten polnischen Regionärdivision erobert.

Auf der Südfront in der Gegend von Dobrowa und Kamionka haben polnische Abteilungen den Bug erreicht und führen den Rückzug Budnienns. Auf der übrigen Südfront zieht sich der Russe abauernd zurück.

Russische Darstellung des Rückzuges.

Der Vertreter Russlands in London, Kamenev, hat eine Anzahl Telegramme von Tschitscherin erhalten, in denen dieser u. a. erklärt, daß die polnischen und französischen drahtlosen Berichte falsch seien. Die russischen Streitkräfte seien intakt. Zwar seien während des Rückzuges Gefangene gemacht worden, doch war dies unvermeidlich, und ihre Anzahl war nicht groß. Der russische Vormarsch erfolgte mit einer Schnelligkeit, wie sie in der Geschichte ohnegleichen ist. Dadurch wurden die Feinde nur ungenügend geschützt. Eine Flankenbewegung der Polen zwang die Armee zum Rückzug. Dieser erfolgte in vollster Ordnung. Die russische ukrainische Armee sei zu einem neuen Vormarsch bereit, sobald die Umstände dieses erlauben. Die polnischen drahtlosen Berichte über einen großen Sieg seien Phantasiegebilde.

Stimmungsbild aus Ostpreußen.

Der Übertritt der Russen auf ostpreussisches Gebiet ergibt folgendes Bild:

Die Gesamtzahl betrug bis Donnerstag abend, soweit sich übersehen läßt, rund 50 000 Mann. Es wurde der Übertritt von weiteren Abteilungen erwartet. Die Entwaffnung hat sich bis jetzt reibungslos vollzogen. Nur bei Klein-Beschießen ist ein kleiner Zwischenfall vorgekommen. Dort haben anscheinend Polen versucht, überretende Russen, die bereits deutsches Gebiet erreicht hatten, zu entwaffnen. Der Vorfall wird noch aufgeklärt. Die Unterbringung wird nach Möglichkeit beschleunigt, und zwar stehen hierfür zunächst zur Verfügung die Lager von Arnst, Br. Holland und Endbühnen. Einzelne im Lande herumziehende Truppen werden allmählich in diese Lager übergeführt. Die Waffen werden teilweise zerstört, da eine sichere Bewachung der großen Menge nicht möglich ist. Der Gesundheitszustand ist bisher leidlich; allerdings sollen einige Fleckfieberfälle festgestellt sein. Die erforderlichen sanitären Maßnahmen sind eingeleitet. Es herrscht viel Elend unter den Russen, besonders deshalb, weil sie nur Sowjetgeld besitzen, das niemand annehmen will. Es ist veranlaßt worden, daß die Möglichkeit zum Einwechseln dieses Geldes geschaffen wird. Die bei der Truppe befindlichen zahlreichen Pferde werden in Pflege gegeben. Vorkehrungen gegen Einschleppung von Seuchen sind eingeleitet. Da Reichswehr und Polizei zur Bewachung der großen Zahl von Russen nicht ausreichen, sind in den beteiligten Kreisen Ostpreußens vom Oberpräsidenten zur Unterstützung der Ortswehren aufgeboten worden. Die Abwehr der Internierten aus Ostpreußen über See von Willau nach Swinemünde und weiter nach Lagern im Innern Deutschlands ist eingeleitet, begegnet aber erheblichen Schwierigkeiten. Der erste Transport wird voraussichtlich dieser Tage von Willau abgehen. Vom 30. August ab sollen täglich 1500 Mann befördert werden; eine Steigerung der Zahl ist in Aussicht genommen. An der Grenze sind Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission Königsberg eingetroffen. Leider ist es infolgedessen in Johannisburg zu einer Demonstration gegen alliierte Offiziere gekommen. Der Kommandeur des dort liegenden Reichswehrbataillons hat sofort in ritterlicher Weise diese Offiziere gegen weitere Verhaftungen geschützt. Der preussische Minister des Innern entsendet zur Unterstützung des Oberpräsidenten mehrere Kommissare nach Ostpreußen.

Gemeinsame Offensive gegen die Bolschewisten.

Das polnische Pressebild meldet: Die Offensive gegen die Bolschewisten wird von den polnischen, ukrainischen und südrussischen Truppen gemeinsam durchgeführt. Der Vormarsch erfolgt nach einem einheitlich ausgearbeiteten Plan. Die Verbindungen der gegenseitigen Heeresleitungen sind hergestellt. Französische Offiziere befinden sich in den Hauptquartieren sowohl des Marschalls Pilsudski als auch des Generals Wrangel.

Reise Kamenev an die russische Front.

London, 27. August. Nach einer Mitteilung der „Times“ ist die wirkliche Ursache für die Abreise Kamenev und Krassin in den durch die russische Niederlage geschaffenen Verhältnissen zu suchen. Kamenev gilt als vorzüglicher Organisator und Redner und soll eine Reise an die russische Front unternehmen.

Frankreich für den Frieden in Osteuropa.

„Matin“ schreibt laut einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“, Millerand habe der polnischen Regierung mitgeteilt, die französische Regierung lege großen Wert darauf, daß der Frieden zwischen Sowjet-Rußland und Polen zustande kommt. Frankreich, sagt das französische Blatt dann weiter, biete alles auf, um die Polen zur Mäßigung in ihren Bedingungen zu veranlassen.

Verschiedene Meldungen.

Wien. Infolge der mangelhaften Verständigung mit Warschau hat die polnische Delegation an Stelle von Minist. Warschau, Bialystok oder Bialowicz als Verhandlungsort vorgeschlagen.

Warschau. Der Gouverneur von Warschau, General Latinitz, hat für alle Lebensmittelspekulanten die Todesstrafe festgesetzt.

Berlin. Gegenüber einer Newyorker Meldung der schweizerischen Depeschagentur, wonach die amerikanische Regierung „ungemein reichhaltiges Material über Geheimverträge zwischen Rußland und Deutschland erhalten habe“, wird von deutscher amtlicher Seite erneut erklärt, daß solche „Geheimverträge“ überhaupt nicht existieren.

Kopenhagen. Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß die roten Truppen Galizien und den Fluß Zioia Ripa erreicht haben und in heftigen Kämpfen stehen, um den Übergang zu erzwingen. Das Communiqué fügt hinzu, daß in der Krime in Besitz von Cherson, auf dem linken Ufer des Dniepr, für die Bolschewisten günstige Kämpfe im Gange sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die „Leuren“ Franzosen. Der Stadtrat von Saarbrücken stimmte einem Antrage zu, das Angebot der französischen Behörden anzunehmen, wonach der Stadt ein zinsloses Darlehen in Höhe von drei Millionen zur Verfügung gestellt werden soll zur Wiederherstellung der Möblierung von etwa 90 Wohnungen in den hiesigen Kasernen für französische Offiziere und Unteroffiziere. Die Summe soll in 5 oder 10 Jahren amortisiert werden, und zwar nur der Betrag von zwei Millionen, während für den Rest der Summe die Möbel in den Besitz der französischen Behörde übergehen sollen. Man nimmt an, daß durch diese Maßnahme 60 Wohnungen in der Stadt für die Bevölkerung frei werden würden.

Parteitag der Mehrheitssozialisten. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes der S. P. D. wurde die Tagesordnung für den kommenden Parteitag in Cassel festgesetzt. Den Bericht über die allgemeine politische Lage wird der Parteivorstand Wels erstatten. Der Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist noch nicht bestimmt. Über den internationalen Sozialistenkongreß in Genf wird Abg. Meerfeld, über die Wohnungsfrage der frühere preussische Ministerpräsident Strich, über die Revision des Parteiprogramms Dr. Adolf Braun referieren. Dem Parteitag wird ein Antrag auf wesentliche Erhöhung des Mindestbeitrages unterbreitet werden.

Frankreich.

Ablehnung der dritten Internationale. Auf der Konferenz der Confédération générale du Travail (Französischer Gewerkschaftsbund) erklärte Jouhaux u. a.: „Die dritte Internationale ist eine Kriegserklärung gegen unsere ganze Organisation, wie die auf der dritten Internationale abgegebenen Erklärungen beweisen. Trotz der Sympathie, die wir für die russische Revolution hegen, können wir uns nicht der dritten Internationale anschließen.“ Mit 94 gegen 18 Stimmen bei 15 Enthaltungen wurde der Anschluß an Moskau abgelehnt.

Schweiz.

Lloyd George und König Konstantin. Aus Luzern wird gemeldet, daß Lloyd George einen Brief vom ehemaligen König Konstantin erhalten habe. Dieser äußert darin den Wunsch nach einer Unterredung mit Lloyd George. Der britische Ministerpräsident antwortete, daß es ihm infolge des färglich verübten Anschlags auf das Leben Venizelos' unmöglich sei, diesem Ersuchen nachzugehen.

Großbritannien.

Neue große Erregung in Irland. Eine Menge von 3000 Männern versuchte gegen das Brighton-Gefängnis, wo der Bürgermeister von Cork gefangen sitzt, vorzudringen. Die Menge, aus deren Mitte Ruße, wie „Soch die Rebellen, es lebe Sinnfeiner!“, erlöhnten, wurde von der Polizei zurückgetrieben. Die Rundgebung dauerte einige Stunden an. Das Befinden des Bürgermeisters, der sich jetzt seit 13 Tagen im Hungerstreik befindet, ist sehr bedenklich. Da man für den Fall seines Todes Attentate gegen Kabinettsmitglieder befürchtet, sind diese und ihre Häuser unter sorgfältige Bewachung gestellt. Auch zum Schutz von Lloyd George in Luzern sind entsprechende Vorkehrungen getroffen. Der Bürgermeister von Cork erhielt bereits im Gefängnis die Sterbesakramente.

Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Newyork ist das Frauenstimmrecht nun bestätigt worden. Dadurch erhöht sich die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen.

London. Der Generalkommissar für Palästina Sir Herbert Samuel teilte den auf der Ostseite des Jordans wohnenden Arabern mit, daß die englische Regierung beabsichtige, für diesen Teil des Landes eine besondere Verwaltungsbehörde einzusetzen.

Washington. Gouverneur Cox soll gegen die republikanische Partei die Anklage erhoben haben, sie habe bedeutende Summen zusammengebracht, um die Präsidentschaft zu kaufen.

100 000 Mark Belohnung.

Dortmund, 27. August. Auf die Ergreifung der Räuber, die das Lohnfuhrwerk der Zeche Emscher-Elpe um 1 Mill. Mark beraubten, drei Angestellte erschossen und einen schwer verletzt haben, ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt. Als Täter kommen vier junge Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren in Betracht.

Neuer Schwundel!

Berlin. Die „Times“ veröffentlicht Einzelheiten über einen angeblichen Besuch Trotski in Deutschland. Der Zweck des Besuches soll dem Abschluß eines Abkommens über Munitionszufuhr an Sowjetrußland und der Verhinderung von Munitionszufuhr nach Polen über Danzig gegolten haben. Ein großer Waffenhandel zwischen den Bolschewisten und den Deutschen finde statt. Diese Mitteilungen sind sämtlich frei erfunden, Trotski hat den deutschen Vorden seit Kriegsbeginn überhaupt nicht betreten.

Italien und Rußland.

Paris. Nach einer Radiomeldung hat die italienische Regierung auf die Note des amerikanischen Staatssekretärs Colby geantwortet, daß die Beziehungen zur Sowjetregierung wieder aufgenommen werden müßten, weil diese augenblicklich die stärkste Macht in Rußland darstellen.

Neutralisierung des Suezkanals.

Paris. Im „Journal“ tritt der Abgeordnete Bouffelois dafür ein, daß der Suezkanal neutralisiert werde. Diese Neutralität sei in der Konvention vom 29. Oktober 1888 enthalten. Darin werde erklärt, daß alle Nationen sich des Kanals bedienen sollten. Es handele sich hier um ein Problem, das für Frankreich von großer Bedeutung sei. Frankreich sei daran interessiert, daß dieser Schiffsfahrtsweg immer offen bleibe und daß die freie Durchfuhr nicht dem guten Willen irgend einer Nation, sei es auch England, untergeordnet werde.

Abbruch der russisch-polnischen Verhandlungen.

London. Kamenev hat Telegramme Tschitscherins veröffentlicht, in denen es heißt, die Polen lehnten die Bedingungen der Bolschewisten rundweg ab und weigerten sich, die vom Obersten Rat vorgeschlagene Grenze anzuerkennen. Tschitscherin weist darauf hin, daß die Beträuerinnen der

Polen, die wichtigsten Bedingungen anzunehmen, den Abbruch der Verhandlungen herbeiführen muß.

Die englischen Arbeiter und Lloyd George.

London. Der Arbeiteraktionsrat hat die Luzerner Kundgebung einer Prüfung unterzogen. Er sieht in der Note einen Schritt in der Richtung auf eine Kriegs- und reaktionäre Politik, wobei der bolschewistische Vorschlag auf Bildung einer Bürgermiliz von Polen als Vorwand benutzt werde.

Große Anstrengungen Rußlands.

Stockholm. Nach Meldungen aus Moskau ist Rußland entschlossen, den Kampf unter allen Umständen weiterzuführen, aus welchem Grunde für das ganze Land die allgemeine Mobilisation beschloffen wurde. In der Front soll Rußland bis jetzt 450 000 Mann gehabt haben. Es soll aber noch eine Reserve von einer Million da sein, die wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht schnell genug herangebracht werden konnte.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Die Handelskammer weist darauf hin, daß die den Zollstellen erteilte Ermächtigung, Waren aus dem Freistaat Danzig, soweit sie laut Bescheinigung der Handelskammer aus Deutschland stammen oder aus deutschen Selbstfabrikaten oder Rohstoffen hergestellt sind, ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen, bis zum 30. September d. J. verlängert worden ist.

Berlin. Reichsminister Dr. Simon ist aus der Schweiz hierhin zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Reuthen O.-Schl. Es verlautet, daß die Polen bei Lublink reguläre Artillerie zusammenziehen und ein neues Gewalttät von ihrer Seite bevorsteht.

Ville. Der gesamte nordfranzösische Wollhandel, der lebhafteste Geschäftsbeziehungen unterhält, schloß ein Sündtag

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, schwedische und französische Franc und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Börsenplätze	26. 8.		25. 8.		Stand 1. 8. 1918
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1533,50	1536,05	1573,40	1576,00	170 M
Dänemark . . . Kronen	684,30	685,70	701,80	703,20	112
Schweden . . . Frank	—	—	—	—	72
Amerika . . . Dollar	48,45	48,55	49,90	50, —	4,40
England . . . Pfund	173,80	174,20	177,30	177,70	20,20
Frankreich . . . Frank	—	—	—	—	80
Italien . . . Lire	227,25	227,75	229,75	230,25	80
Österreich . . . Kronen	21,22	21,23	21,72	21,78	85
Ungarn . . . Kronen	20,10 1/2	20,14 1/2	20,35 1/2	20,39 1/2	85
Tschechien . . . Kronen	80,90	81,10	81,40	81,60	85

Berliner Produktentverkehr. Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktentbörse am 26. August: Safer für 100 Kilogramm loco 2660 Mark ab Speicher frei Wagen 2620 Mark ab Bahn, auf Ubladung 2540—2560 ab Station.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 160—190 Mark, kleine gelbe und grüne 130—150 Mark, Futtererbsen 105—130 Mark, Weizen 95—110 Mark, Ackerbohnen 110—125 Mark, Bohnen 90—105 Mark, Lupinen 40—60 Mark, Mais 262—265 Mark, Rüben etwa 5 Mark darunter, Leinsaat 300—310 Mark, Mohn 370—400 Mark, Datteln 210—220 Mark, Senfsaat 160—180 Mark, Sirinländische 140—160 Mark, Mais loco ab Hamburg 147 Mark, Weizen-Okt. 143—144, Nov.-Dez. 138—139 Mark, Reis, Rangon 2. Lofe 8,25 Mark pro Kilogramm, Serabella 45—50 Mark, Trodenkorn 67—70 Mark, Formelasse 60—65 Mark, Säckelmelasse 52—56 Mark, Saferchalenmelasse 53—56 Mark, Weizenhefe, Iose 21—23 Mark, Klebehefe 30—32 Mark, Stroh, drahtgepreßt 12—13 Mark, gebündelt 11—12 Mark, Patent Stiefen 92—95 Mark.

Berlin ohne Fleisch. Der Berliner Magistrat sieht einen Aufschrei aus wegen des drohenden Zusammenbruchs der Fleischversorgung infolge spekulativer Zurückhaltung der Frischfleischhändler. Die Erklärung lautet: „Der andauernde schwere Mangel an Frischfleisch, der geradezu einer Katastrophe zutreibt, hat den Magistrat veranlaßt, sich mit einbringenden Vorstellungen an den Reichs Ernährungsminister und den Reichsminister zu wenden, in der es heißt: Da auch die diesmalige Viehmarkt fast gänzlich unbesetzt ist, muß die Frischfleischlieferung in dieser Woche ausfallen. Entgegen dem Beschluß der Reichstagskommission, dessen Voraussetzungen bisher nicht entfernt erfüllt sind, wird tatsächlich die Fleischbewirtschaftung durch Obstruktion aufgehoben. Wir müssen dringlichst zur Erwägung stellen, ob geduldet werden darf, daß der Beschluß derart durchkreuzt wird. Wenn die Viehhandelsverbände jetzt mit der Lieferung zurückhalten, so geben sie deutlich zu erkennen, daß sie die Freigabe des Handels auf stark erhöhte Preise rechnen. Es drohen uns also Fleischmangel und wesentlich erhöhte Preise auf fast allen Nahrungsmittelgebieten, mithin die des allseitig erstrebten Abbaues der Preise eine weitere große Teuerung.“

Betriebstilllegung der Schuhfabriken in Elsaß-Lothringen. Die Vereinigung elsass-lothringischer Schuhfabriken beschloß einstimmig die Schließung aller Schuhfabriken. Sie begründet diese Maßnahme damit, daß der Verkauf im Kleinhandel seit mehr als einem Monat nahezu vollständig aufgehört habe und für die Fabrikanten daher keine Aufträge vorliegen. Ein Verkauf zu niedrigeren Preisen kommt nicht in Frage, da die allgemeinen Unfalls beträchtlich gestiegen und der Preisrückgang für Leder gering sei.

Der Kampf um den Steuerabzug.

Ausperrungen und Streiks.

Wegen Verweigerung des gesetzlichen Steuerabzuges von Lohn sind die Arbeiter der Daimler-Motorenwerke in Untertürkheim, der Wogwerke in Stuttgart und Feuerwerke sowie der Maschinfabriken ausgesperrt worden. Der Kauf der Nacht hat die württembergische Regierung durch Platananschläge dies öffentlich bekannt gemacht und zur Gründung dieser Maßnahme darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der genannten Betriebe den Steuerabzug mit Gewalt verhindert und erklärt haben, ihn auch fernerhin mit Gewalt zu verhindern. Die Werksleitungen halten ihre Betriebe solange geschlossen, als die Durchführung des Steuerabzuges mit Gefahr für die damit befaßten Arbeiter und Angestellten der Betriebe sowie für die Betriebsanlagen verknüpft ist. Den Schutz der Betriebsanlagen hat darauf die Polizei übernommen. Versuche, die Werke zu betreten, wurden mit Gewalt verhindert. Von der Aussperrung werden etwa 15 000 bis 16 000